Ä1 Keine Zustimmung zu Abkommen wie TTIP, CETA, TiSA!

Antragsteller*in: Ernst-Christoph Stolper (KV Neustadt/Weinstr.)

Änderungsantrag zu D-2

Nach Zeile 43 einfügen:
[Zeilenumbruch]
Die Landesdelegiertenversammlung fordert darüber hinaus den Landesvorstand, die Landtagsfraktion und die grünen Minister in der neuen Landesregierung auf, alle zur Verfügung stehenden Mittel zu nutzen, um sicherzustellen, dass das Land Rheinland-Pfalz im Bundesrat nicht für die Ratifizierung des Handels- und Investitionsschutzabkommens der EU mit Kanada (CETA) stimmen wird.

Seit Februar dieses Jahres liegt der endgültige Text für CETA vor. Es ist davon auszugehen – so auch die Position der Bundesregierung – dass es sich um ein gemischtes Abkommen handelt, das auch durch die Bundesrepublik Deutschland – und hier durch Bundestag und Bundesrat – ratifiziert werden muss.

Die GRÜNEN haben in der Vergangenheit vielfach deutlich gemacht, dass sie Mandat und Verlauf der Verhandlungen zu CETA abgelehnt haben. Der jetzt als Verhandlungsergebnis vorliegende Vertragstext bestätigt diese Ablehnung. So sind insbesondere weiterhin Sondergerichte für den Investitionsschutz in dem Text enthalten, weitreichende Liberalisierungsverfahren für Dienstleistungen („Negativliste") bedrohen Dienstleistungen der Daseinsvorsorge und der Abbau von „nichttarifären Handelshemmnissen" ohne Bindung an das Vorsorgeprinzip (u.a. im Rahmen der regulatorischen Kooperation) wird zur Senkung ökologischer und sozialer Standards führen.

Begründung

Konkretisierung des Beschlussestextes, da das Verhandlungsergebnis zu CETA vorliegt und deutlich gemacht werden soll, dass eine Zustimmung des Landes Rheinland-Pfalz im Bundesrat nicht zu erwarten ist. Damit soll auch Druck auf die Bundesregierung ausgeübt werden, CETA bei den aktuell anstehenden Abstimmungen im Rat der EU nicht zuzustimmen.

Spezielle Begründung der Dringlichkeit: Erst seit dieser Woche ist klar, dass der Adressat dieser Forderung existieren wird.